

Extremismusprävention und politische Bildung

Ein Überblick

Einleitung

In welchem Verhältnis stehen Extremismusprävention und politische Bildung zueinander? Diese Frage beschäftigt die Fachöffentlichkeit, vor allem der nonformalen politischen Bildung, seit einigen Jahren verstärkt. Teilweise dominant ist dabei ein Abgrenzungsdiskurs, der politische Bildung grundsätzlich von Extremismusprävention unterscheidet und beide Felder unvereinbar gegenüberstellt. Was für theoretische Debatten nachvollziehbar ist, kann in der Praxis häufig nicht eindeutig differenziert werden. Förderprogramme, die Präventionsziele setzen, tun ein Übriges, Abgrenzungen verschwimmen zu lassen.

Vor diesem Hintergrund unternimmt das vorliegende Papier den Versuch, den Diskurs auf der Grundlage fachlich begründeter Qualitäten zu differenzieren, Unterscheidungen zu identifizieren und mögliche Schnittflächen und Verbindungslinien zwischen politischer Bildung und Präventionsansätzen zu ziehen.

Das vorliegende Papier verfolgt das Ziel, einen Überblick über den aktuellen Diskussionsstand zu geben. Es soll dazu beitragen, Interessierte an das Thema heranzuführen und ggf. Impulse für Praxis, Forschung und Theorie zu geben.

Grundlage für diesen Überblick ist neben einer systematischen Analyse einschlägiger Literatur ein Fachforum, das im Dezember 2023 von der Transferstelle politische Bildung durchgeführt wurde. Dort diskutierten Expert*innen aus Wissenschaft, Praxis und öffentlichen Institutionen zum Thema. Das Fachforum wurde für diesen Text genutzt, um zentrale Aspekte der Debatte zu identifizieren und einzuordnen sowie ggf. zusätzliche, wissenschaftlich gestützte oder erfahrungsgebundene Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Ziel des Papiers ist es, sowohl die Kernpunkte als auch die Bandbreite der Debatten herauszustellen. Es erhebt keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit, möchte aber Anregungen bieten, um sich weiter mit dem Thema zu beschäftigen.

Am Ende des Textes findet sich die zitierte Literatur. Eine erweiterte Literaturliste zum Thema kann gesondert heruntergeladen werden: <https://transfer-politische-bildung.de/transferstelle/vielfalt-gestalten>

Das Papier behandelt folgende Punkte:

- Fachliche Differenzierung von politischer Bildung und Extremismusprävention
- Eine grundsätzliche Unterscheidung: Primär-, Sekundär- und Tertiärprävention
- Ausgewählte Diskussionspunkte
- Differenzierungen (Reflexionsmatrix)
- Einfluss von Förderprogrammen
- Fachpolitik und Lobbyarbeit für politische Bildung
- Entwicklungsbedarfe
- Fazit

Fachliche Differenzierung von politischer Bildung und Extremismusprävention

In der Fachdebatte unterscheiden viele Autor*innen politische Bildung grundsätzlich von pädagogischen Angeboten der Extremismusprävention. Einschlägige Fachtexte realisieren diese Unterscheidung, indem sie Begriffe, Qualitäten und Prinzipien einander entgegensetzen. Non-formale politische Bildung wird bildungstheoretisch als Veränderung der „Selbst- und Weltverhältnisse“ beschrieben (Milbradt et al. 2019: 156 f.). Sie folgt einer „Ermöglichungs- bzw. Gestaltungslogik“ (BMFSFJ 2020: 128) – im Unterschied zu einer „Verhinderungslogik“ (ebd.) – und konzeptionell einer „Subjektorientierung“ (Greuel/König 2019: 115). Die Reihe der Prinzipien lässt sich, je nach Kontext, durch Strukturprinzipien nonformaler Jugend- und Erwachsenenbildung wie Freiwilligkeit, Partizipation und Ressourcenorientierung ergänzen. Nonformale politische Bildung bietet „Freiraum“ (Becker 2022: 9) und „Offenheit“ (Becker 2022: 8). Ihre Ziele sind „Mündigkeit“ (Milbradt et al. 2019: 156 f.), Aufklärung und Emanzipation (siehe Hufer 2018: 11).

Diese Selbstbeschreibung nonformaler politischer Bildung gewinnt auch durch die Abgrenzung von Extremismusprävention an Kontur. Autor*innen, die aus der Perspektive der politischen Bildung sprechen, kritisieren Präventionsansätze dafür, teilweise entgegengesetzten Prinzipien zu folgen. Extremismusprävention folge einer „Verhinderungslogik“ (BMFSFJ 2020: 128) und statt einer Stärkung des Subjekts setze man „Unmündigkeit“ voraus (Bürgin 2021: 156; Lösch 2010: 115), insofern gehe es um eine Gefährderansprache (Gill 2020: 45). Präventionsziele seien „Normierung“ (Greuel/König 2019: 122), „Versicherheitlichung“ (Regier 2023) sowie Sicherheit und Ordnung (Becker et al. 2020: 175). Im 16. Kinder- und Jugendbericht sind diese Aspekte zusammengefasst:

„Während Prävention per Definition einer Verhinderungslogik folgt, wird Demokratiebildung von einer Ermöglichungs- bzw. Gestaltungslogik bestimmt: Geht es ersterer aus der Defensive eines Bedrohungsszenarios heraus primär reaktiv um Vorbeugung und Vermeidung von Problemen, Gefährdungen und Gefahren, die als bedrohlich wahrgenommen und eingestuft werden, strebt letztere eher proaktiv und offensiv gewendet die Befähigung zum aktiven Erhalt und zur Fortentwicklung von demokratischen Verhältnissen an. Das Interesse konzentriert sich hier nicht problem- und defizientorientiert auf Distanzerhalt zu oder Dekonstruktion von antidemokratischen Haltungen, sondern darauf, Konstruktionsarbeit an Demokratie zu initiieren und zu fördern. Im Vordergrund stehen hier nicht Fragen öffentlicher Sicherheit, sondern Bedürfnisse und Interessen nach individueller und kollektiver Lebensgestaltung im Rahmen der Herstellung, Durchsetzung und Infragestellung allgemein verbindlicher und öffentlich relevanter Regelungen.“ (BMFSFJ 2020: 128)

Eine grundsätzliche Unterscheidung: Primär-, Sekundär- und Tertiärprävention

Die oben skizzierte fachliche Unterscheidung von Extremismusprävention und politischer Bildung geht zunächst von einer Grunddefinition aus, wie sie Greuel gibt: „Allgemein gesprochen ist Prävention die gezielte Vorbeugung von unerwünschten und zukünftigen Ereignissen oder Zuständen“ (Greuel 2020: o.S.). Sie klammert zunächst aus, was im Fachforum ausführlich diskutiert wurde, nämlich die Differenzierung von präventivem Handeln im Hinblick auf Wirkung und Zielgruppe. Im Fachforum wurde dafür die Einteilung von Caplan (1964) genutzt, der Primär-, Sekundär- und Tertiärprävention unterscheidet.

„**Primäre Prävention** setzt bereits im Vorfeld des Auftretens unerwünschter Zustände an und will deren Herausbildung grundsätzlich unterbinden. Im Unterschied hierzu findet **sekundäre Prävention** statt, wenn bereits erste Ausprägungen des Unerwünschten vorliegen und eine (weitere) Verfestigung verhindert werden soll. In Fällen **tertiärer Prävention** ist das eigentlich zu verhindernde Problem schon vollständig ausgeprägt. Das präventive Streben richtet sich hier vor allem darauf, ein erneutes Auftreten zu verhindern.“ (Greuel 2020: o.S.)

Daneben steht die Definition von Gordon (1983), der von universeller, selektiver und indizierter Prävention spricht. Im Unterschied zu Caplan bezeichnet Gordon die Arbeit mit Personen mit extremistischen Einstellungen (die nicht mehr zu verhindern sind, sodass es um Ausstiegstrategien geht) nicht mehr als Präventionsarbeit.

„**Universelle Prävention** setzt bereits vor Auftreten eines bestimmten Problems bei Zielgruppen an, die keine Auffälligkeiten oder ein erhöhtes Risiko aufweisen. Demgegenüber greifen Maßnahmen **gezielter Prävention**, wenn bereits Risikofaktoren erkennbar sind (**selektive Prävention**) beziehungsweise wenn sich erste Problemausprägungen zeigen (**indizierte Prävention**). Als Prävention gilt hier also nur etwas, an dem es auch noch etwas zu verhindern gibt, nämlich die vollständige Ausprägung des unerwünschten Phänomens. Ausstiegsbegleitung gilt in Gordons Systematik entsprechend nicht als Form der Prävention, sondern als Bearbeitung eines akuten Zustandes.“ (Greuel 2020: o.S.)

Im Zusammenhang mit politischer Bildung wird diskutiert, ob bzw. inwieweit sie zu Primärprävention bzw. universeller Prävention zählen kann. Einige Expert*innen im Fachforum argumentierten, dass politische Bildung grundsätzlich primärpräventiv wirke, da sie auf der systemischen Ebene zum Erhalt der Demokratie beiträgt (siehe auch: Oberle und Krüger in: Becker et al. 2020: 174 f. und BMFSFJ 2020: 127). Außerdem sei es ein Ziel politischer Bildung, „daß Auschwitz nie wieder sei“ (Adorno 1971: 88). Damit sei politischer Bildung bereits eine gewisse „Verhinderungslogik“ (BMFSFJ 2020: 128) inhärent. Auch wenn sie Gelegenheiten für politische Selbstbildungsprozesse arrangiere, verfolge sie doch die Intention, dass sich dadurch Menschen mit demokratischen Werten, dem demokratischen System und demokratischer Partizipation auseinandersetzen. Menschen, die so zu politischem Wissen und Kompetenzen gelangten, seien vermutlich weniger anfällig für radikalisierende Einflüsse. Dieses Argument wird nicht bestritten, allerdings sei auch hierbei Prävention nicht das Ziel, sondern „ein (erwünschter) Sekundäreffekt politischer Bildung“ (Achour 2023: 358).

Ein weiterer Argumentationsstrang setzt sich damit auseinander, dass auch „Primärprävention“ ein unzulänglicher Begriff ist und präventive Maßnahmen, „die weit im Vorfeld liegen (also universeller oder auch primärer Prävention entsprechen) mitunter relativ unspezifisch sind“ (Greuel 2020: o.S.). Auch Primärpräventionsarbeit zielt darauf ab, die Demokratie und eine demokratische politische Kultur zu stärken und Menschen zu unterstützen, wenn sie sich dafür einsetzen wollen. Demokratiestärkung bzw. -förderung ist insofern das Ziel sowohl von politischer Bildung als auch von Prävention:

„Im Feld der Radikalisierungsprävention wird im weiten Vorfeld vor allem mit den Mitteln von Aufklärung und Sensibilisierung gearbeitet, ebenso finden sich Maßnahmen der Demokratieförderung oder auch persönlichkeits- beziehungsweise identitätsstärkende Angebote.“ (Greuel 2020: o.S.)

Damit würde nicht nur politische Bildungsarbeit, oder zumindest Teile davon, unter Primärprävention fallen, sondern im Prinzip jegliche Bildungs- und Bewältigungsangebote, die auf Persönlichkeitsentwicklung und Stärkung sozialer Kompetenz abzielen. Dann aber wohnt „jedem bildenden und pädagogischen Handeln [...] präventives Denken und Handeln inne, von ihm gehen immer auch präventive Wirkungen und Effekte aus; das gilt auch für die politische Bildung“ (Hafeneger 2019: 25). Auch politische Bildung, so wurde betont, erschöpfte sich nicht in Wissensvermittlung oder Institutionenkunde.

Insofern kann politische Bildung auch primärpräventiv wirken, geht aber nicht in Primärprävention auf. Umgekehrt kann Primärprävention, aus Sicht der politischen Bildung, unpolitisch sein, wenn sie auf die Stärkung individueller sozialer Kompetenzen zielt, ohne die politische Dimension von Radikalisierung zu bearbeiten und kritische politische Urteils- und Handlungsfähigkeit zu fördern.

Greuel warnt demzufolge auch vor einer Überdehnung bzw. einer mangelnden Eingrenzung des Präventionsbegriffs. Er sei zu unscharf, berge dafür die „Gefahr einer Pathologisierung breiter Bevölkerungskreise“ und degradiere „die umgesetzten Angebote zu Mitteln [...], um einen präventiven Zweck zu erfüllen. Zugespitzt formuliert könnte eines Tages außerschulische Jugendarbeit im Allgemeinen nicht mehr als selbstverständliches und wertvolles Förderinstrument gelten, sondern nur noch förderwürdig erscheinen, wenn ihre präventiven Gehalte betont werden („Offene Jugendhäuser gegen Rechtsextremismus“).“ (Greuel 2020: o.S.)

Im Fachforum wurde daher gefragt, ob der Begriff der (Primär-)Prävention überhaupt notwendig sei. Ähnlich argumentieren Jens Ostwaldt, Professor für Soziale Arbeit an der IU – Internationalen Hochschule, und Mathieu Coquelin, Leiter der Fachstelle ExtremismUSDistanzierung im Demokratiezentrum Baden-Württemberg, die, im Hinblick auf die Förderstrukturen (siehe Abschnitt „Einfluss von Förderprogrammen“), in einem Interview den Vorschlag machen, dass der „Großteil der primären Prävention [...] in die Regelstrukturen überführt [...] und die Präventionsförderung enggeführt werden sollte auf Projekte der sekundären und tertiären Prävention“ (Bundeszentrale für politische Bildung/bpb: o.S.).

Bezüge zur Sekundär- oder Tertiärprävention habe politische Bildung insofern, als sie ein sinnvolles Element in der Sekundär- und Tertiärpräventionsarbeit sein könne, etwa in der Präventionsarbeit in Justizvollzugsanstalten oder in der Ausstiegsbegleitung.

Ausgewählte Diskussionspunkte

Im Folgenden sollen einige Aspekte, die im Fachforum zur Sprache kamen, gesondert erwähnt werden.

Normative Wirkungsziele

Ein Streitpunkt sind die normativen Wirkungsziele, die der Präventionsarbeit unterstellt werden. Zur Beeinflussung von Einstellungen und Verhalten wird definiert, was als „richtig“ gilt. Kritisiert wird, dass dadurch Bildungsziele durch Sozialisations- und Erziehungsziele ersetzt und Kritik sowie Widerstand als emanzipatorische Elemente eher negativ bewertet oder vermieden werden.

Ziel politischer Bildungsarbeit ist es, die kritische Urteils- und Handlungsfähigkeit zu stärken sowie politische Entscheidungen reflektiert beurteilen und beeinflussen zu können. Sie gibt keine Ergebnisse vor, sondern fördert die Auseinandersetzung mit Kontroversität, Interessenstreit, Unsicherheit und Ambiguität (zum Begriff vgl. *Transfer für Bildung* e.V. 2022).

Im Fachforum herrschte Konsens, dass auch politische Bildung festen Werten verpflichtet ist und nicht neutral oder beliebig sein kann. Hier gebe es Überschneidungen zur Präventionsarbeit, die sich ja ebenfalls an Menschen- und Kinderrechten, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und der freiheitlich demokratischen Grundordnung orientiere. In der politischen Bildung gelte der normative Anspruch aber vor allem als handlungsleitend für das Arrangieren (die Didaktik) der Bildungsgelegenheiten und für pädagogische Interventionen im Sinne einer kontroversen Verteidigung. Es gehe darum, Urteilskraft zu stärken, nicht, Urteile als richtige oder falsche vorzugeben. Politische Bildung erfordere „eine Ergebnisoffenheit, die den Teilnehmenden und Beratungsnehmenden eigene Wege und Erkenntnisse zugesteht“ (Klare 2024: o.S.). So ist auch der sogenannte Beutelsbacher Konsens zu verstehen, der für die politische Bildung handlungsleitende Qualitätskriterien benennt (Überwältigungsverbot, Kontroversitätsgebot sowie Analyse und politische Einmischung für eigene Interessen, vgl. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg o.J.). Darüber hinaus könne auch Präventionsarbeit und Beratungsarbeit kritisch-emanzipatorisch und kontrovers orientiert sein (vgl. Klare 2024: o.S.). Kritische Urteilsfähigkeit als Ziel schließt auch Systemkritik als legitimen Standpunkt ein.

Letztlich mündet die Debatte in die Frage nach den Wirkungserwartungen, die mit politischer Bildung und Präventionsarbeit verbunden sind. Geht es um Veränderung in eine offene Zukunft oder in eine vordefinierte Richtung? Hufer grenzt politische Bildung und Prävention so voneinander ab, indem er einerseits politische Bildung mit „Emanzipation“ und andererseits Prävention mit „Wirkung und Nutzen“ (Hufer 2018: 11) in Verbindung bringt. Das Argument, dass Prävention etwas verhindern möchte, während politische Bildung etwas ermöglichen möchte, ist mit unterschiedlichen Blickrichtungen und Zukunftsdiagnosen verbunden:

„Aus einer antizipierten Zukunft heraus wird der Blick in die Gegenwart zurückgerichtet, um eine Maßnahme zu entwickeln, die ebendiese antizipierte Zukunft verhindern soll. Im Unterschied zur Idee der Planung als einer absichtsvollen Herbeiführung einer erstrebenswerten Zukunft ist die Zukunft der Prävention in erster Linie durch ‚Negativität‘ (Leanza 2017: 13) gekennzeichnet, insofern das Erwartete in Gestalt des Bedrohlichen und zu Verhindernden erscheint“ (Barbehön/Wohnig 2022: 172).

Damit habe, so eine Schlussfolgerung, politische Bildung konzeptionell bedingt viel breitere Wirkungserwartungen als Präventionsansätze. Sie gilt als „Breitbandantibiotikum“ gegen Extremismus, während Prävention gezielter einzelne Phänomene adressiert.

Generell aber werden die Wirkungserwartungen, die mit Primärpräventionsarbeit verbunden werden, kritisch gesehen. So seien mit einem „verkürzten und verengten technologischen Präventionsverständnis und den damit verbundenen politischen Programmen und Kampagnen auch Versprechungen und unterstellte Wirkungen für die unerwünschte Zukunft verbunden [...], die nicht garantiert werden können. Angeboten wird ein ‚Instrument‘ der Machbarkeit. Dies hängt mit einem immer noch vorhandenen – wenn auch inzwischen nicht mehr so euphorischen – Glauben an die Macht von pädagogischer Beeinflussung und Bildung sowie den pädagogischen Entgrenzungsprozessen zusammen“ (Hafeneger 2019: 24).

Ressourcenorientierung

Nonformale politische Bildungsarbeit geht nicht von Defiziten von Teilnehmenden aus, sondern von deren Stärken und Interessen, sie agiert ressourcenorientiert. Präventionsarbeit kehrt diese Perspektive um, wenn sie auf erwartete Defizite und bedrohliche Zukünfte fokussiert, die es zu verhindern gilt. Damit werden auch Bildungsprozesse und Lebensbewältigungsprozesse, die sich in Kritik und Auflehnung, Such- und Orientierungsbewegungen zeigen, problematisiert, anstatt sie unterstützend zu begleiten. Häufig wird auch unterschieden, ob die Jugend als gefährdet bzw. gefährdend gilt – oder als aktive, gleichberechtigte Mitgestalter*innen, die zur kritischen Auseinandersetzung mit Staat und Gesellschaft angeregt werden sollen (vgl. Gill/Achour 2019; siehe BMFSFJ 2020: 128).

Je nach Perspektive einiger Expert*innen wurde die Ressourcenorientierung allerdings auch eingeschränkt. So gebe es auch in der politischen Bildung Akteur*innen, die ihre Teilnehmenden als Gefährder*innen bzw. Gefährdete adressieren. Außerdem stelle sich immer wieder die Frage nach durch Normen und Werte gesetzten Grenzen der Veränderbarkeit.

Hier von individueller Haltung zu sprechen, greift zu kurz – es geht um gesellschaftlich zugeschriebene Funktionen von politischer Bildung und Präventionsarbeit. Diesbezüglich hat Schwerthelm eine Differenzierung „ambivalenter Funktionszuweisungen“ (Schwerthelm 2021: 886) von Jugendarbeit und Jugendbildung in vier Kategorien vorgeschlagen, die „in der Praxis scheinbar widerspruchslös nebeneinander existieren können und auch von Fachkräften gleichzeitig verfolgt werden“ (ebd.), aber oft „einen Wechsel zwischen ihren Rollen und Handlungsweisen von einer Funktion in die andere erfordern“ (a.a.O.: 888). Diese Differenzierung bietet auch politischen Bildner*innen eine nützliche Reflexionsgrundlage. Schwerthelm unterscheidet die Kontrollfunktion, die Hilfefunktion, die Bildungsfunktion und die Selbstorganisationsfunktion (siehe a.a.O.: 892 f. und 902).

Auch politische Bildner*innen sind mit dem Anspruch konfrontiert, Hilfs- und Kontrollfunktionen zu erfüllen. Im Rahmen ihrer Bildungsfunktion kann die Leitfrage gestellt werden: Welche Gelegenheiten müssen arrangiert werden, damit sich die Adressat*innen mit ihren politischen Fragen und Themen selbstbestimmt, offen und selbstbildend beschäftigen können? Im Rahmen einer Hilfs- und Kontrollfunktion fragen sie sich etwa: Welche Werte sind verhandelbar? Wo werden normative Schranken gesetzt?

Die Unterscheidung kann hilfreich sein, um das pädagogische Handeln im Rahmen von Präventionsansätzen und politischer Bildungsarbeit besser beschreiben, analysieren und steuern zu können.

Themen

Hinsichtlich der Themen führten die Expert*innen im Fachforum aus, dass Präventionsarbeit vielfach mit einer engen Themensetzung einhergeht, die stark auf Phänomenbeschreibungen sowie Zielen und Vorgaben von Förderprogrammen beruht. Politische Bildung basiert demgegenüber auf einer offenen Themenwahl, sofern sie sich als subjektorientiert begreift und konsequent die Themen ihrer Adressat*innen ins Zentrum rückt, deren politische Dimensionen sie reflektieren hilft.

Pädagogische Praxis

Zentral in der Debatte des Fachforums war die Praxisfrage: Unterscheiden sich Prävention und politische Bildung in Konzept, Methode und Arrangement? Oder verschwimmen die Unterschiede je nach Feld, Träger oder Zielgruppe? Argumentiert wurde, dass zumindest in nonformalen Settings immer lebenswelt- und ressourcenorientiert gearbeitet werden müsse, da bereits das Prinzip der Freiwilligkeit eine Orientierung auf die Interessen und Partizipation von Teilnehmende erzwingt – immerhin könnten die Teilnehmenden jederzeit gehen. Auch seien umgekehrt beispielsweise Indoktrination und Manipulation keine Prinzipien von Präventionsarbeit. Auch habe eine Defizitorientierung ihre Grenzen darin, dass diese in der Praxis in positive pädagogische Ziele übersetzt werden müsse.

Prävention kann nur in Form von positiven Koproduktionsprozessen mit anderen Menschen funktionieren. Auch wenn Präventionsangebote programmatisch auf Verhinderung zielen, greifen sie praktisch oft auf Konzepte, Formate und Methoden der politischen Bildung zurück. Dies gilt beispielsweise für Prinzipien wie Lebensweltbezug sowie Teilnehmenden-, Subjekt-, Handlungs-, Problem- und Konfliktorientierung. Dies ist auch ein Grund, warum viele Träger, Extremismuspräventionsarbeit machen, oder diejenigen, die im Bereich Demokratieförderung tätig sind (wie die Mobilen Beratungsdienste), für sich in Anspruch nehmen, politische Bildungsarbeit zu leisten (vgl. Klare 2024).

Daneben gibt es viele Angebote politischer Bildung, die sich typischen Themen der Präventionsarbeit widmen: Diskriminierung, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Antisemitismus, Islamismus, Rechtsextremismus etc. sind auch Themen politischer Bildung. Dies wird besonders sichtbar im Rahmen entsprechender Förderprogrammen, wie dem Programm „Respekt Coaches“, das auf Primärprävention gegen jede Form von Extremismus, Rassismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zielt (vgl. BMFSFJ 2021 und Servicebüro Jugendmigrationsdienste 2024), und aus dem viele Träger der politischen Jugendbildung eine Projektförderung erhalten. Auch die Bundeszentrale und die Landeszentralen für politische Bildung sowie zahlreiche weitere Bildungseinrichtungen agieren auf beiden Feldern (siehe BMFSFJ 2020: 128).

Mit anderen Worten: Während sich politische Bildung theoretisch und konzeptionell abgrenzen lässt, sind Angebote und Bildungsgelegenheiten in der Praxis häufig hybrid, indem politische Bildungsarbeit entweder unter dem Etikett Präventionsarbeit gefördert wird oder indem Präventionsarbeit so gestaltet ist, dass sie den Prinzipien nonformaler Bildung folgt. Die Entscheidung, ob Prinzipien nonformaler Bildung eingehalten werden, lässt sich dann nur am jeweiligen Einzelfall und aus Sicht derjenigen treffen, die Bildungsgelegenheiten arrangieren und nutzen.

Differenzierungen

In der folgenden Tabelle wird versucht, die zentralen Aspekte der Debatte zusammenzufassen.

Aspekt	Politische Bildung	Extremismusprävention
Ziel	Menschen befähigen, Demokratie mitzugestalten	Gefahren (z.B. Radikalisierung) früh erkennen und vermeiden
Prinzipien	subjektorientiert, ergebnisoffen, kontrovers, kritisch-reflexiv	problemorientiert, zielgerichtet, oft risikofokussiert
Ausgangspunkt	Stärken, Interessen und Fragen der Teilnehmenden	Risiken, Gefahren oder Probleme, die erkannt wurden
Adressat*innen	alle Menschen, gezielt wenig erreichte Gruppen	Zielgruppen mit „Risiko“, z.B. junge Menschen in schwierigen Lebenslagen
Methoden	Dialog, Diskussion, Projektarbeit, Handlungsorientierung	Interventionen, Beratung, Monitoring, Schutzkonzepte
Wirkungslogik	langfristige Entwicklung politischer Urteils- und Handlungskompetenz	kurz- bis mittelfristige Verhinderung von negativen Entwicklungen
Wissenschaftsbezug	Pädagogik, Sozialwissenschaft, Politikwissenschaft	Psychologie, Kriminologie, Sicherheitsforschung
Risiken / Kritikpunkte	Gefahr der Marginalisierung, wenn sie zu stark abgegrenzt oder reduziert wird	Gefahr von Stigmatisierung, Reduktion auf Sicherheitslogik
Förderlogik	oft abhängig von politischen Programmen, zu wenig strukturell gesichert	stark an politischen Programmen orientiert, oft kurzfristig
Verhältnis zueinander	sollte unabhängig und eigenständig sein – aber auch kooperativ und differenziert	kann von politischer Bildung profitieren – sollte sie aber nicht ersetzen

Um die dichotome Gegenüberstellung aufzubrechen, wurde auf der Grundlage des Fachforums eine offene Reflexionsmatrix erstellt, die eine differenzierte Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von nonformaler politischer Bildung und Extremismusprävention anregen soll. Wichtiger Teil dieser Auseinandersetzung ist, dass diese auch in verschiedenen Diskursen beheimatet ist, die in der Grafik in der Horizontalen unterschieden werden. Dies ist der Tatsache geschuldet, dass die Fachdiskurse nonformaler politischer Bildung in verschiedenen Zusammenhängen gleichzeitig geführt werden – aufgrund der großen Bedeutung von Förderpolitik im politischen Raum, in geringerem Maße in der Wissenschaft und, aufgrund einer unzureichenden Akademisierung, häufig stärker in der Praxis. Theorien, Konzepte und Ansätze politischer Bildung setzen sich daher aus Fragmenten zusammen, die in den zuvor genannten Diskursen entstanden sind. Zwischen diesen bestehen meist viele Kommunikationshürden, sodass Akteur*innen des einen nicht genau wissen oder verstehen, was an den anderen Orten besprochen wird.

Die Matrix enthält 48 Felder, mit denen sie der hohen Ausdifferenzierung politischer Bildung Rechnung zu tragen sucht. Vielfach bestehen große Überschneidungen zwischen den Feldern, manchmal jedoch auch grundlegende Differenzen. Zahlreich sind zudem die Fälle, in denen die Felder der Matrix nach innen (also je nach Perspektive innerhalb des Feldes der politischen Bildung und innerhalb des Feldes der Präventionsarbeit) heterogen sind.

Reflexionsmatrix zum Verhältnis von politischer Bildung und Prävention

inhaltliche Aspekte	Diskursorte		Prinzipien / Konzepte		Intentionen / Zielsetzungen		Wirkungs- erwartungen		Haltung / Funktionalität		Themen		Pädagogische Praxis	
	Politische Bildung	Prä- vention	Politische Bildung	Prä- vention	Politische Bildung	Prä- vention	Politische Bildung	Prä- vention	Politische Bildung	Prä- vention	Politische Bildung	Prä- vention	Politische Bildung	Prä- vention
politischer Raum														
Wissenschaft														
Praxis														
Fachtheorien, Konzepte, Ansätze														

Abbildung 1: Reflexionsmatrix zum Verhältnis von politischer Bildung und Prävention. Eigene Abbildung auf Grundlage der Diskussion im Fachforum

Einfluss von Förderprogrammen

Politische Bildungs- und Präventionspraxis wird stark durch politisch beschlossene Förderprogramme geprägt. Deren Zielsetzungen, Begriffe, Adressat*innen und formale Vorgaben, wie Themen, Formate und Zielgruppen, entfalten erhebliche normative Wirkung. Oft behindern sie Formen politischer Bildung, die lebensweltliche Anliegen der Zielgruppen aufgreifen (vgl. Papier „Strukturen“ <https://transfer-politische-bildung.de/transferstelle/vielfalt-gestalten>). Hinsichtlich politischer Bildung wird für die Programme, die (eher) Präventionsziele verfolgen, einer Verengung von Konzepten und Formaten sowie einer Verzweckung nonformaler politischer Bildung beklagt.

Mit Blick auf die Reflexionsmatrix (Abbildung 1) entspringen diese Förderprogramme politischen Diskursen, die mit der Wissenschafts- und der Praxisebene nicht unbedingt verbunden sein müssen. Das Feld politischer Bildung und Extremismusprävention wird stark von politischen Problemdefinitionen beeinflusst – mit dem Ziel, diese zu bearbeiten oder zu beheben. Diesbezüglich fordern große Teile der politischen Bildungslandschaft, dass sich die Förderprogramme stärker auf wissenschaftliche, praxisbezogene und konzeptionelle Diskurse beziehen.

Eine Annäherung zwischen politischen und fachlichen Diskursen findet teils bereits statt. Im Fachforum wurde berichtet, „Demokratie leben!“ habe sich von einer reinen Präventionslogik hin zu einer stärker förder- und gestaltungsorientierten Programmlogik entwickelt – und sich damit an die tatsächliche, nicht defizitorientierte Praxis angenähert.

Im Fachforum wurde begrüßt, dass sich die Förderlogik stärker dem Diskurs rund um Demokratiestärkung zuwende und eine stärkere Distanz zur Extremismusprävention einnehme. Die Problemorientierung bleibt jedoch bestehen, denn auch Demokratiestärkung basiert auf der Forderung, gesellschaftliche Defizite zu beheben. Diese Problemorientierung könne als der eigentliche Spannungspunkt zwischen politischer Bildung und Prävention begriffen werden.

Förderprogramme haben aber bereits strukturell gewirkt und beeinflussen auch die Fachdiskurse nachhaltig. So unterstützt „Demokratie leben!“ viele neue, „vor allem solche Träger, die sich auf spezielle Ansätze wie rassismuskritische Bildung, Antidiskriminierungsarbeit, Empowermentkonzepte u.a. spezialisiert haben (vgl. Waldmann 2020, S. 34). Damit sind Programme wie Demokratie leben! für die politische Bildung unzweifelhaft sowohl inhaltlich prägend als auch strukturbildend. Mit einem Budget von 115,5 Millionen Euro im Jahr 2019 übersteigt das Programm um ein Vielfaches die Förderung der allgemeinen politischen Bildung durch den Kinder- und Jugendplan des Bundes. Es eröffnet zwar damit neue Räume für themenzentrierte Angebote und Träger, stellt aber zugleich mit der öffentlichen und politischen Kommunikation des Förderprogramms die politische Bildung in den Schatten von Prävention und Demokratieförderung.“ (BMFSFJ 2020: 338)

Fachpolitik und Lobbyarbeit für politische Bildung

Das Anliegen der Expert*innen, das Verhältnis von Prävention und politischer Bildung nicht dichotom, sondern fachlich fundiert zu beschreiben, ist auch fachpolitisch motiviert. Eine fachliche Differenzierung macht Spezifika und Eigenwert beider Felder sichtbar, gibt fundierte Argumente an die Hand und fördert die Weiterentwicklung der Praxis. Gleichzeitig lässt eine fachlich fundierte Differenzierung von politischer Bildung und Prävention auch erkennen, dass bzw. wann Überschneidungen und Schnittstellen zwischen beiden Bereichen bestehen. Dies erlaubt es, von einer strengen Abgrenzung Abstand zu nehmen, die z.B. Austausch und Kooperationen verhindert, die für beide Seiten fruchtbringend sein könnten.

Diese Erkenntnis hat auch förderpolitische Implikationen. Denn, so eine Argumentation im Fachforum, berge ein Rückzug in einen Abgrenzungsdiskurs die Gefahr der Verzweigung politischer Bildung, die in Zukunft nur noch als eine zu vernachlässigende Säule neben Extremismusprävention, Demokratieförderung und Vielfaltsgestaltung stehe. Dies wurde im Zuge der Diskussionen um das geplante Demokratiefördergesetz besonders deutlich. Es besteht die Gefahr, dass die politische Bildung am Endpunkt einer solchen Entwicklung auf Staatsbürger- und Institutionenkunde sowie Wissensvermittlung reduziert wird.

Eine fachlich fundierte, präzisere und umfassendere Beschreibung des Aktions- und Handlungsfeldes politischer Bildung sowie eine bessere empirische Beforschung ihrer Praxis sahen die Expert*innen als Mittel, dieser drohenden Reduktion entgegenzuwirken. Denn eine evidenzbasierte Beschreibung politischer Bildung ließe auch klarer erkennen, dass politische Bildung ein Mittel zur Demokratiestärkung ist und somit auch primärpräventive Wirkungen haben kann.

Wenn im politischen Raum das Ziel gesetzt wird, Demokratiefeindlichkeit abzubauen, so ist dieses nicht bloß mit Prävention, sondern ebenfalls – wahrscheinlich nachhaltiger – mit politischer Bildung zu erreichen. Die Betonung dieser Rolle politischer Bildung ist ein wichtiges Argument, um ihren Stellenwert in den Förderprogrammen zu erhöhen – was die Fachöffentlichkeit stärker in den politischen Raum tragen sollte. Dafür ist es jedoch notwendig, politische Bildung in ihrer Komplexität und Vielfalt klarer, anschaulicher zu erklären. Denn aktuell erscheint die Extremismusprävention vielen Entscheidungsträger*innen als ein einfacheres, besser verständliches und gezielteres Mittel, um die Demokratie zu stärken.

Die Herausarbeitung der demokratiestärkenden Wirkung politischer Bildung ist insofern ein wichtiges fachpolitisches Desiderat. Dabei geht es auch darum zu zeigen, dass politische Bildung – ungeachtet ihrer primärpräventiven Wirkungen – nicht mit Prävention gleichzusetzen ist. Denn die Wirkungen von politischer Bildung sind im Unterschied zu bestimmten Präventionsangeboten (im Sinne eines „Breitband-Antibiotikums“) viel differenzierter. Ein Argument aus dem Fachforum lautete: Eine solide fundierte, breit aufgestellte politische Bildung macht Einzelprojekte gegen spezifische Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit weitgehend überflüssig.

Entwicklungsbedarfe

Die Expert*innen im Fachforum sahen insbesondere fünf Entwicklungsbedarfe, um die Bearbeitung des Verhältnisses von politischer Bildung und Extremismusprävention zu verbessern.

1. Die Expert*innen sehen einen deutlichen Entwicklungsbedarf in der **Wissenschaftslandschaft**. Es fehlen Lehrstühle in relevanten Disziplinen und viele Forschungsstellen sind projektgebunden. Dadurch bleibt die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit politischer Bildung und Extremismusprävention lückenhaft. Ein intensiverer Austausch über Konzepte, Forschungsfragen und -ansätze könnte sowohl die Praxis stärken als auch die Kommunikation mit Politik und Fördermittelgebenden erleichtern.
2. Für den Fachdiskurs bedeutet das, dass eine interdisziplinäre, praxisnahe **Wirkungsforschung** notwendig ist – insbesondere für nonformale politische Bildung. Nur so lässt sich der Nachweis führen und kommunizieren, dass politische Bildung diejenigen (primärpräventiven oder sekundären) Wirkungen zeitigt, die die Expert*innen einvernehmlich annahmen. Die Fachstelle politische Bildung will mit dem Projekt Wissens-Hub belastbare Befunde bündeln und die Debatte zur Wirkungserfassung qualifizieren – auch im Hinblick auf unterschiedliche Wirkungserwartungen, mit denen die politische Bildung konfrontiert ist.
3. Eine vertiefte **Qualitätsdebatte über Struktur- und Handlungsprinzipien** nonformaler politischer Bildung ist dringend erforderlich. Dabei sollte kritisch hinterfragt werden, inwieweit sich die Praxis tatsächlich an prozess-, erfahrungs- und handlungsorientierten Prinzipien orientiert oder doch stärker an schulischer Didaktik.
4. Der **Austausch** zwischen den in der Reflexionsmatrix dargestellten Diskursorten (Abbildung 1) sollte verbessert werden. Diesbezüglich wurde angemerkt, dass der Politik die inhaltlichen Aspekte aus Sicht von Wissenschaft und Praxis klarer vermittelt werden sollten. Die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis müsse verbessert werden. Dies sei auch wichtig, weil die Praxis im Hinblick auf die Aspekte Haltung/Funktionalität, Wirkungserwartungen und Zielsetzungen häufig bereits fortgeschrittener als die Wissenschaft sei – oder zumindest weiter als diese davon wisse –, sodass diese durch Praxisforschung aus der Praxis lernen könne.
5. Der im Fachforum begonnene **Dialog** sollte unbedingt fortgesetzt werden, um dichotome Zuschreibungen zwischen Extremismusprävention und politischer Bildung zu überwinden. Ziel ist ein differenzierteres gegenseitiges Verständnis beider Felder. Die begonnene inhaltliche Differenzierung kann so weiterentwickelt werden.

Fazit

Im Fachforum wurden die Unterschiede zwischen Extremismusprävention und politischer Bildung aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet. Dabei zeigte sich: Die beiden Bereiche sind weder gleich noch völlig gegensätzlich. Es wurde untersucht, ob sie ähnliche theoretische Grundlagen, Strukturprinzipien, Ziele oder Arbeitsweisen haben und wo sich ihre Praxis unterscheidet. Die Teilnehmenden waren sich einig, dass eine fachlich begründete Unterscheidung, die sowohl Unterschiede als auch mögliche Gemeinsamkeiten anerkennt, wichtig für die Weiterentwicklung der Diskussion ist.

Zentrale Thesen

1. Politische Bildung und Extremismusprävention müssen fachlich unterschieden, aber in ihrer Beziehung zueinander verstanden werden. Eine klare Differenzierung schafft Orientierung und stärkt beide Felder – ohne sie gegeneinander auszuspielen.
2. Politische Bildung hat eigenständige Ziele und Methoden und darf nicht auf ein Werkzeug gegen Extremismus reduziert werden. Sie fördert demokratisches Denken und Handeln – unabhängig von akuten Gefahrenlagen.
3. Viele Förderprogramme folgen politischen Deutungen von Problemen, nicht immer fachlichen Standards. Deshalb fordern Fachkräfte, dass Förderlogiken sich stärker an wissenschaftlichen Erkenntnissen und Praxiswissen orientieren.
4. Die politische Bildung sollte sich nicht nur abgrenzen, sondern ihre besondere Wirkung stärker in den politischen Raum tragen. Nur wenn ihre Rolle als demokratiestärkende Bildung sichtbar wird, kann sie langfristig gestärkt werden.
5. Es besteht die Gefahr, dass politische Bildung in der Förderlogik auf reine Wissensvermittlung reduziert wird. Dagegen hilft eine fachlich fundierte Beschreibung ihres Bildungsverständnisses und ihrer langfristigen Wirkung.
6. Politische Bildung braucht mehr Forschung, bessere Wirkungsnachweise und Qualitätsentwicklung. Nur mit einer starken Fachdebatte kann sie dauerhaft gesichert und weiterentwickelt werden.
7. Der Austausch zwischen Politik, Wissenschaft und Praxis muss verbessert werden. Damit politische Bildung wirksam bleibt, müssen Perspektiven aus der Praxis stärker gehört und fachlich reflektiert werden.
8. Der begonnene Dialog zwischen politischer Bildung und Extremismusprävention sollte fortgeführt werden. Weitere Fachforen mit Expert*innen aus beiden Bereichen können helfen, gegenseitiges Verständnis und Zusammenarbeit zu stärken.

Zum Projekt „Vielfalt gestalten: Fachforen Politische Bildung und Demokratieförderung“

Die Transferstelle politische Bildung führte vom 01.12.2022 bis 30.04.2025 das Projekt „Vielfalt gestalten: Fachforen Politische Bildung und Demokratieförderung“ durch, gefördert durch die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb. Ausgangspunkt des Projekts war die Erkenntnis, dass die Praxis non-formaler politischer Bildung zunehmend divers ist, gleichzeitig aber Diskursräume fehlen, in denen Perspektiven aus unterschiedlichen Praxisfeldern, auf der Grundlage unterschiedlicher Konzepte und Wissenschaftsbezüge, von sogenannten etablierteren und neueren Akteur*innen ausgetauscht werden können, um Unterschiede, vor allem aber Gemeinsamkeiten und Schnittstellen zu identifizieren. Das Projekt bot einen solchen Austausch in Form von Fachforen, die ausgewiesene Expert*innen aus Wissenschaft, Verwaltung und Praxis um einen Tisch versammeln. Sie diskutierten zu ausgewählten aktuellen Fragestellungen, die verschiedene Praxisfelder politischer Bildung und Demokratieförderung betreffen.

Zitierte Literatur

Eine erweiterte Literaturliste zum Thema kann gesondert heruntergeladen werden:

<https://transfer-politische-bildung.de/transferstelle/vielfalt-gestalten>

Achour, Sabine (2023): Politische Bildung für eine (nicht) distanzierte Mitte. In: Zick, Andreas / Küpper, Beate / Mokros, Nico: Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Bonn, S. 355-376, online: <https://www.fes.de/referat-demokratie-gesellschaft-und-innovation/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie-2023> (abgerufen am 11.07.2025)

Adorno, Theodor W. / Becker, Hellmut (2020): Erziehung zur Mündigkeit: Vorträge und Gespräche mit Hellmut Becker 1959-1969. Herausgegeben von Gerd Kadelbach. 28. Aufl. Frankfurt a.M.

Barbehön, Marlon / Wohnig Alexander (2022): (Politische) Bildung als Verhinderung: Zu den Verkürzungen eines präventiven Zukunftsbezugs. In: Bünger, Carsten / Czejkowska, Agnieszka / Lohmann, Ingrid / Steffens, Gerd (Red.): Jahrbuch für Pädagogik 2021. Zukunft – Stand jetzt. Weinheim/Basel, S. 170-181. Online: https://www.pedocs.de/volltexte/2024/30569/pdf/Barbehoen_Wohnig_2022_Politische_Bildung_als_Verhinderung.pdf (abgerufen 20.07.2025)

Becker, Helle (2022): Zwischen Freiraum und Prävention. Politische Jugendbildung. In: Möller, Kurt / Neuscheler, Florian / Steinbrenner, Felix (Hrsg.): Demokratie gestalten! Herausforderungen und Ansätze für Bildungs- und Sozialarbeit. Stuttgart, S. 114-124

Becker, Helle / Fereidooni, Karim / Krüger, Thomas / Nordbruch, Götz / Oberle, Monika (2020): Politische Bildung und Primärprävention. Auszug aus einer Fachdebatte. In: Hößl, Stefan E. / Jamal, Lobna / Schellenberg, Frank (Hrsg.): Politische Bildung im Kontext von Islam und Islamismus. Schriftenreihe Bundeszentrale politische Bildung/bpb (Bd. 10399), Bonn, S. 165-185

Bürgin, Julika (2021): Extremismusprävention als polizeiliche Ordnung: Zur Politik der Demokratiebildung. Weinheim, online: https://www.beltz.de/fachmedien/sozialpaedagogik_soziale_arbeit/produkte/details/46045-extremismuspraevention-als-polizeiliche-ordnung.html (abgerufen am 11.07.2025)

Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2020): 16. Kinder- und Jugendbericht. Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter, online: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/16-kinder-und-jugendbericht-162238> (abgerufen 15.07.2025)

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2021): Wissenschaftliche Begleitung des Modellprogramms „Respekt Coaches/Anti-Mobbing-Profis“. Endbericht, online: <https://www.bmfsfj.bund.de/resource/blob/182692/0678edd3d9f9f4fa0ac2c939420032da/respekt-coaches-endbericht-wissenschaftliche-begleitung-data.pdf> (abgerufen 15.07.2025)

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Redaktion Infodienst Radikalisierungsprävention (Hrsg.) (2022): Soziale Arbeit und Radikalisierungsprävention – ein Spannungsfeld?! Interview mit Jens Ostwaldt und Mathieu Coquelin, online: <https://www.bpb.de/themen/infodienst/513309/soziale-arbeit-und-radikalisierungspraevention-ein-spannungsfeld> (abgerufen am 15.07.2025)

Caplan, Gerald (1964): Principles of Preventive Psychiatry. New York/London

Gill, Thomas (2020): Demokratieförderung, politische Bildung und Prävention im Kontext von Flucht. In: Achour, Sabine / Gill, Thomas (Hrsg.): Politische Bildung und Flucht. ein Paradigmenwechsel?! Frankfurt a.M.

Gill, Thomas / Achour Sabine (2019): „Liebe Teilnehmende, liebe Gefährderinnen und Gefährder!“ Extremismusprävention als politische Bildung? online: <https://www.fes.de/themenportal-bildung-arbeit-digitalisierung/bildung/artikelseite-bildungs-blog/liebe-teilnehmende-liebe-gefaehrderinnen-und-gefaehrder-extremismuspraevention-als-politische-bildung> (abgerufen am 15.07.2025)

Greuel, Frank (2020): Zum Konzept der Prävention. Ein Plädoyer für engere Grenzen, online: <https://www.bpb.de/themen/infodienst/311923/zum-konzept-der-praevention> (abgerufen am 11.07.2025)

Greuel, Frank / König, Frank (2019): Die pädagogische Prävention von Rechtsextremismus im Spannungsverhältnis von Theorie und Praxis sowie Normierungs- und Subjektorientierung. In: Zeitschrift für Sozialpädagogik. 17. Jg., H. 2, S. 115-131

Gordon, Robert S. (1983): An operational classification of disease prevention. Public Health Reports. 98. Jg., H. 3, S. 107-109

Hafeneger, Benno (2019): Politische Bildung ist mehr als Prävention. In: Journal für politische Bildung. 9. Jg., H. 2, S. 22-25, online: <https://www.journal-pb.de/blog/politische-bildung-ist-mehr-als-praevention> (abgerufen am 15.07.2025)

Hufer, Klaus-Peter (2018): Wirkungslose Wirkungsforschung? Rückblick und Ausblick. In: Journal für politische Bildung. 9. Jg., H. 3, S. 10-14

Klare, Heiko (2024): Mehr als nur „Extremismusprävention“ Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen politischer Bildung und Beratungsstrukturen im Themenfeld Rechtsextremismus, Bundeszentrale für politische Bildung, online: <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/infopool-rechtsextremismus/549742/mehr-als-nur-extremismuspraevention> (abgerufen am 15.07.2025)

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (o.J.): Beutelsbacher Konsens. Verfügbar unter: <https://www.lpb-bw.de/beutelsbacher-konsens> (abgerufen am 15.07.2025)

Lösch, Bettina (2010): *Ein kritisches Demokratieverständnis für die politische Bildung.* In: Lösch, Bettina / Thimmel, Andreas (Hrsg.): *Kritische politische Bildung. Ein Handbuch.* Schwalbach/Ts., S. 115-127

Milbradt, Björn / Schau, Katja / Greuel, Frank (2019): (Sozial-)pädagogische Praxis im Handlungsfeld Radikalisierungsprävention – Handlungslogik, Präventionsstufen und Ansätze. In: Heinzelmann, Claudia / Marks, Erich (Hrsg.): *Prävention & Demokratieförderung. Gutachterliche Stellungnahmen zum 24. Deutschen Präventionstag.* Mönchengladbach, S. 141-179, online: <https://www.praeventionstag.de/dokumentation/download.cms?id=2790&datei=5-bjoern-milbradt-katja-schau-frank-greuel-2790.pdf> (abgerufen am 11.07.2025)

Regier, Sascha (2023): *Den Staat aus der Gesellschaft denken. Ein kritischer Ansatz der Politischen Bildung.* Edition Politik (Bd. 138). Bielefeld, online: <https://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-6437-9/den-staat-aus-der-gesellschaft-denken/?number=978-3-8394-6437-3> (abgerufen am 11.07.2025)

Schwerthelm, Moritz (2021): *Offene Kinder- und Jugendarbeit als hybride Organisation. ein Modell zur Diskussion ihrer Funktionen.* In: Deinet, Ulrich / Sturzenhecker, Benedikt / von Schwanenflügel, Larissa / Schwerthelm, Moritz (Hrsg.): *Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit.* 5. Aufl. Wiesbaden, S. 883-908

Servicebüro Jugendmigrationsdienste (Hrsg.) (2024): *Lass uns reden. Erkenntnisse aus dem Bundesprogramm Respekt Coaches.* Im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), online: <https://www.bmbfsfj.bund.de/resource/blob/253314/5b705e04415e55be4bb301c28ad18b31/lass-uns-reden-reden-bringt-respekt-bundesprogramm-respekt-coaches-data.pdf> (abgerufen am 11.07.2025)

Transfer für Bildung e.V. (2022): *Ambiguitätstoleranz.* In: Bundesausschuss politische Bildung (bap): *Grundbegriffe der Politischen Bildung*, online: <https://profession-politischebildung.de/grundlagen/grundbegriffe/rassismuskritik> (abgerufen am 20.07.2025)

Impressum

Transferstelle politische Bildung
c/o Transfer für Bildung e.V.
Rellinghauser Straße 181
45136 Essen

Telefon: 0201 85791454-0

E-Mail: info@transferfuerbildung.de

Internet: <https://transfer-politische-bildung.de/transferstelle/vielfalt-gestalten/>

LinkedIn: <https://www.linkedin.com/company/transferfuerbildung>

Facebook: <https://www.facebook.com/transferfuerbildung>

YouTube: <https://www.youtube.com/@TransferfuerBildung>

Das Papier ist im Rahmen des Projekts „Vielfalt gestalten: Fachforen politische Bildung und Demokratieförderung“ der Transferstelle politische Bildung / Transfer für Bildung e.V. entstanden.

Hrsg.: Transfer für Bildung e.V.
Essen, 2025

Ein Projekt von:

**Vielfalt
gestalten**
Fachforen Politische Bildung
und Demokratieförderung

**TRANSFER
FÜR
BILDUNG**

Gefördert
durch die
**bpb**
Bundeszentrale für
politische Bildung